

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
in allen Werktagen
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr bestellt. M. 1,35,
ausserhalb desselben M. 1,35,
hierzu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verteidigungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Insertate nur 8 Pfg.
Anzeigebriefe 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garnanzelle.
Kleinanzeigen 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
nach Ueberreinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 13.

Freitag, den 17. Januar 1913.

30. Jahrg.

Parlamentarische Unsitte.

Der erste Tag geschäftlicher Art im neuen Landtag fand unter keinem guten Vorzeichen. Es handelte sich um die Erledigung einer Anfrage Feuerstein und Gen. bezüglich des Neckarkanal, die einen rein agitatorischen Zweck verfolgte, denn es ist absolut sinnlos, am Tage vor Beginn der Generaldebatte, wo man auf derartige Dinge so wie so eingehen und eingehen muß, nur ganz willkürlich eine solche Sache herauszugreifen und zum Gegenstand einer Anfrage zu machen, nur um damit draußen paradiere zu können. Aber es ist auch schädlich, weil damit die Ernsthaftigkeit solcher Anfragen der Regierung gegenüber untergraben und dadurch ihr Wert vom Standpunkt der Volksvertretung aus ganz wesentlich herabgedrückt wird. Dieses blinde Agitationsgetriebe schädigt die parlamentarische Arbeit zu Gunsten einseitiger Parteinteressen und dagegen muß ernstlich Front gemacht werden.

Wohin man damit kommt, das zeigte noch deutlicher die Behandlung, welche der Bündlervertreter Körner einer vorwiegend technischen Frage angedeihen ließ, wie sie der Bau einer Neckarbrücke in Untertürkheim und die teilweise Verlegung des Neckars darstellte, für die ein Nachtrag zum Finanzgesetz 1911/13 gefordert werden mußte. Die Notwendigkeit dieser ganzen Sache wurde von keiner Partei ernstlich bestritten und der Finanzierung bezw. der Verteilung der Kosten liegen Verträge zwischen dem Staat und der Stadt Stuttgart zu Grunde. So daß es sich schließlich für die gesetzgeberische Behandlung der Sache nur darum drehte, nach der technischen Seite die vorteilhafteste Regelung herauszufinden. In diesem Zweck traten auch alle Parteien für eingehende Beratung im Finanzausschuß ein. Nur der Abg. Körner benutzte gleich die erste Gelegenheit, um sein sauberes Handwerk fortzusetzen und auch vom Landtag aus das Land gegen Stuttgart aufzuheben. In der diesem Herrn eigenen häßlichen Art stellte er die Sache ganz einseitig als ein Interesse der Stadt Stuttgart dar, die darum großmütig sein solle und auf jeden staatlichen Beitrag Verzicht leisten soll, obgleich — wie der Minister mitteilte — die Initiative zu der Änderung vom Staate ausging und für den Wassernbau nahezu eine unabwiesbare Notwendigkeit darstellte. Daß auch eine Stadtverwaltung Pflichten hat gegen ihre Bürger und Steuerzahler kümmert natürlich einen Mann wie Körner nicht. Jedenfalls mußt er aus eigenem Agitationsbedürfnis der Stuttgarter Stadtverwaltung schlankwegs zu, diese Pflicht glattweg zu verletzen zu Gunsten einer

Parteiinteressen der Bündler. Sonst hätte Körner es nicht fertig gebracht, den Stuttgarter Gemeinderat Dietrich, der durchaus korrekt das Anstehen zurückwies und die bedeutenden Leistungen Stuttgarts darlegte, sofort vor dem Lande und vor allem vor den Wählern Dietrichs in Heidenheim zu denunzieren, indem er davon sprach, daß der „Abgeordnete von Heidenheim“ sich so warm „der Interessen von Stuttgart“ annähme. Der Fraktionskollege Körners, Herr Hiller hat freilich in dieser Sache mehr Mut gezeigt, er kam erst nachdem dieser Angriff auf die Stadt, die ihn gewählt hat, zum größeren Teil erledigt war.

Das Niedrige an dieser Art die Dinge zu behandeln wurde sowohl vom Abg. Baumann (Dp.) und v. Gauß (Sp.) gebrandmarkt und auch der Sozialdemokrat wandte sich dagegen. Freilich hat die letztere Partei das innere Recht verwirrt, dagegen vorzugehen, nachdem sie selbst das Kennen auf diesem Gebiet eröffnet hat. Der erste Brief des Bauernabgeordneten in den grünen Westen ist „gerber“, aber es ist nützlich das vor dem Lande mit gebührender Deutlichkeit auszusprechen, ohne natürlich nur seitens der Volkspartei sich an diesem Treiben anders zu beteiligen, als es die sachliche Förderung der Fragen erfordert.

Württembergischer Landtag.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 15. Januar.

Präsident v. Kraut eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Am Regierungstisch ist Minister des Innern v. Fleischhauer erschienen. Im Einlaß befinden sich ein Antrag Hiller (Dk.) betreffend die verschiedene Tarifierung von Getreide und Mehl und ein Antrag Vogt-Weinsberg (Dk.) betreffend die Bekämpfung der Rebschäden. Auf der Tagesordnung steht als 1. Punkt die Anfrage des Abg. Feuerstein und Genossen an den Minister des Innern betreffend die Neckarakanalisierung. Minister des Innern v. Fleischhauer erklärt sich bereit, die Anfrage an einem von dem Präsidenten noch näher zu bestimmenden Tage anfangs Februar zu beantworten. Hierauf erstattet Abg. v. Kienle (Sp.) den Rechnungsbericht des Ständischen Ausschusses über seine Amtstätigkeit während der Auflösung des Landtags am 5. Oktober v. J. bis zur Eröffnung des Landtags am 9. Januar 1913.

Es folgt die 1. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend einen 8. Nachtrag zu dem Finanzgesetz für die Finanzperiode vom 1. April 1911 bis 31. März 1913. Der Nachtragsentwurf fordert für die Verlegung des Neckars und einer neuen Neckarbrücke bei Unter-

türkheim 700 000 Mark aus dem Vermögen der Restverwaltung.

Minister des Innern v. Fleischhauer führt aus, daß die Vorlage nicht von ihm ausgearbeitet worden sei, daß er aber keinen Anstand nehme, den Inhalt der Vorlage zu vertreten. Im übrigen beziehe er sich auf die der Vorlage beigegebene Begründung. Das Unternehmen stehe mit dem Eisenbahnbau bei Untertürkheim im engsten Zusammenhang. Falls Bedenken beständen, so würden die Kommissionsberatungen jedenfalls einen Ausgleich bringen können. Für jetzt beschränke er sich darauf, die Vorlage einer wohlwollenden Prüfung zu empfehlen.

Abg. Körner (Dk.): Es sei kein angenehmes Gefühl, gleich den Beginn des Landtags mit einer solch hohen Nachforderung einzuleiten und eine Summe zu bewilligen, von der es fraglich sei, ob sie auch dem Staat zum Nutzen gereiche. Es müsse auch untersucht werden, ob die Forderung notwendig sei, insbesondere auch, ob der Nutzen des Staates so stark sei, daß die heutige Neckarbrücke den Verhältnissen nicht mehr entspreche, doch müsse untersucht werden, ob eine so hohe Summe vom Staat getragen werden müsse. Er sei der Ansicht, daß den Vorteil aus der Vorlage eigentlich die Stadt Stuttgart habe. Der Staat solle 2,2 Millionen und Stuttgart nur 1,3 Millionen tragen. Darum müsse auch gefragt werden, was mit dem freierwerbenden Gelände geschehe, denn in dieser Beziehung hatte sich die Begründung etwas zurück. Man müsse aber über die Eigentumsverhältnisse klar sehen. Auch die Frage des unverzinslichen Darlehens an Stuttgart von 200 000 Mark müsse geprüft werden. Der Schiffahrtskanal liege im Interesse der Stadt Stuttgart und diese solle deshalb auch dem Lande mit schönem Beispiel vorangehen und auf den Staatsbeitrag von 300 000 Mark verzichten. Das würde einen guten Eindruck im Lande machen. (Rufen links). Er beantrage Ueberweisung der Vorlage an den Finanzausschuß.

Die Abgg. Dr. v. Kienle und Genossen bringen einen Antrag auf Ueberweisung schriftlich ein.

Abg. Dietrich (Sp.): Die Pflicht der Uebernahme sämtlicher Kosten durch Stuttgart sei durch den bestehenden Vertrag ausgeschlossen. Es wäre unverantwortlich, wenn die Stadtverwaltung auf diese Art mit den Finanzen der Stadt wirtschaften würde und wenn sie die Steuerkraft der Stadt so schwer heranziehen wollte, ohne daß auch sie wieder eine Entschädigung erhalte. Das Unternehmen sei im Interesse des Staates gelegen. Stuttgart habe nur geringe Vorteile davon. Trotzdem wolle es so bedeutende Opfer auf sich nehmen. Körner spricht sich für die Vorlage aus, ist aber auch nicht dagegen, daß sie an die Kommission verwiesen wird. Dem Abg. Körner wird er vor, daß er einen Gegensatz zwischen Stadt und Land habe konstruieren wollen.

Abg. Dr. v. Kienle (Sp.): Er stimme mit dem Abg. Körner darin überein, daß es nicht erfreulich sei, die Landtagssession mit einer so hohen Nachtragsforderung einzuleiten. Andererseits sei aber die Forderung für die Mitglieder, die

Wer die Zeit verkagen will,
Daß so zeitig sie verbräutet,
Der verlege sich nur selbst,
Daß er sie nicht zeitig braucht.

Friedr. v. Logau.

Frau Welt.

Roman von Erich Kieberg.

28

Nachdruck verboten.

Am Eingang zur Reitbahn traf Ruth Ernheim mit Konsul Brädner zusammen. Sie trug ihr Reittkleid schon lose in der Hand. Das Haar lag in einem festen Knoten tief im Nacken.

Unter dem kleinen Filzhut sah ihr Gesicht blässer und ernst als sonst hervor.

Brädner hielt ihr die Hand hin.

„Guten Tag, Fräulein von Ernheim!“

Er nannte sie nie „Gnädigste“ oder „Baronesse“.

Ruth hielt den Kopf etwas geneigt. Ein feines Rot lag plötzlich auf ihrer Stirn. Mit einer nervösen Bewegung reckte sie an ihrem tadellos besetzten Hut.

„Wollen Sie mir nicht die Hand geben?“

Es war ein wenig der Ton, mit dem man einem eigen-sinnigen Kinde zuredet.

Und obwohl Ruth innerlich das lächelte und sich dagegen empörte, reichte sie ihm doch die schlanke Hand hin.

„So.“ Er sagte sie fest. „Ich dachte schon, Sie wären mir noch böse.“

„D!“ Sie sah plötzlich sehr hochmütig aus. „Deshalb — ? Warum nicht deshalb doch? — Bei guter Dressur —“

Paul unterdrückte ein Lächeln. „Lau Sie doch nicht, als ob Sie sich willig einem fremden Willen fügen! — Wäre Sie mir wirklich noch böse, so hätten Sie mir sicherlich nicht die Hand gegeben — Ah! Frieden?“

Sie senkte wieder die Stirn. Es war eine tiefe, matt machende Traurigkeit in ihrem Herzen. Bängst hatte sie den Streit bei ihrem letzten Zusammensein und die Feindseligkeit, in welcher sie sich dann getrennt, ihm verziehen — aber nicht sich selbst.

Es war stets so. Nach jedem Begegnen mit ihm quälte sie sich tagelang mit jedem Wort, das sie gesprochen, in der Rückerinnerung herum. Fand alles, was sie gesagt, banal, blasiert oder seiner überlegenen Schlichtheit gegenüber affektiert wurde ganz für sich allein glühend rot und häßte sich selbst dafür.

Dies letzte hatte sie wochenlang ohne Unterlaß gequält. Deiß und kalt ward ihr noch bei der Vorstellung.

In Alras Zimmer war's gewesen. Ruth hatte Brädner und seine Nichte wieder bei der Arbeit getroffen.

Und sie, wie geplagt von hundert kleinen Spottenselchen, die sie so oft widerstandslos dazu brachten, etwas anderes zu tun und zu sagen, als ihre innerste Meinung war, hatte eine wipfelnde Ausrufung nicht unterdrücken können.

Paul Brädner hatte ruhig, beinahe wie nebenher, eine Gegenbemerkung gemacht.

„Man soll das Spötteln lassen über jede Arbeit und jeden Beruf, mit dem ein Mensch ehrlich strebt, sein Leben zu bereichern. Nur wer weder Ernst noch Ziele hat, gönnt sich dies billige Vergnügen.“

Sie war beschämt bis ins Herz. Aber weit entfernt, ihre Niederlage einzusehen, sagte sie hochfahrend:

„Es gibt verschiedene Ziele und Berufe.“ Und dann mit fast zynischer Offenheit setzte sie hinzu: „Der meine zum Beispiel ist mit sehr geringer Intelligenz zu begreifen. Ich bin nämlich, alle dazugehörigen Verpflichtungen an Kletterei und Gefallenmüssen eingerechnet — die sogenannte Familienhoffnung.“

Es kam in seiner Gegenwart etwas wie ein verweiserter Selbstvermüdungsstich über sie. Ein Selbstverspotten — ein Verisgeben der elenden Ziele und Nichtigkeiten ihres Daseins, deren sie erst durch ihn sich bewußt geworden. Ein Weinen nach Erlösung unter lachendem, ägendem Spott. Als ob boshafter Geister sie zwängen, sich vor ihm schlecht, oberflächlich zu machen aus dem erbitternden Bewußtsein heraus: Ich bin ja nichts. Er muß ja sofort merken, daß ich nichts kann und will, als eine gute Partie — die Versorgung.

Natürlich wußte er's, und deshalb war's schon besser, man machte nicht das geringste, aber auch gar kein Hehl daraus.

Warum auch verheimlichen? Wenn man so abgedrückt war! Du lieber Gott!

Nur eins wäre ihr Tod: wenn er auch nur den Bruchteil einer Sekunde denken würde, sie könnte ihren Erwerbungs zug auch auf ihn ausdehnen.

Deshalb nur immer stolische Gleichgültigkeit und Abgestumpftheit zeigen! Mit jeder Gebärde, jedem Wort beweisen: „Ich weiß genau, was ich bin und was du von mir denkst. Aber ich werde mir wahrhaftig nicht die Mühe geben, dein Urteil über mich zu forcieren.“

Und so hatte sie gelassen die Stellung, die ihr seit Jahren die Familie anwies, markiert.

Keiner sprach, als ihre Ausrufung gefallen.

Alra beugte sich über ihr Buch, daß man von ihrem Gesicht nur die schwere schwarze Haarwelle auf der Stirn sah. Erschrocken dachte sie: „O, sie wird sich alles verderben!“

Der Konsul blieb unbeweglich in seiner lässig eleganten Stellung, freilich sehr gelassen die Asche von der Zigarette und sagte, ohne die Stimme im geringsten zu erheben:

„Sie sollen das Wort in der absichtlichen Bedeutung nie wieder gebrauchen.“

Sie hatte ihn in jähem Farbenwechsel angefaßt und war schließlich so blaß geblieben, daß Alra ängstlich an ihre Seite trat.

Aber Paul Brädner ließ nicht nach: sein Kater, fordernder Blick sprach:

„Haltung! Haltung! Lerne die Wahrheit und lerne den Tadel ertragen!“

Und sie brachte es wirklich fertig, machte noch ein paar konventionelle Redensarten, ehe sie äußerlich im besten Einvernehmen mit Alra und voll köhler Höflichkeit gegen ihn sich verabschiedete.

Sie ahnte nicht, wie lange ihr Paul Brädners heißer, stolzer Blick folgte, wie er glücklich vor sich hinlächelte: „Mein wieft du.“

Sie fragte sich den ganzen langen Heimweg: „Was ist denn das eigentlich für eine Sklavennatur in uns? Weshalb? Der uns unter dem Deckmantel des Beschähers, des Belehrens knechtet, dem laufen wir nach — Ist es denn wirklich so: Wollen wir uns beherrschen lassen? Und der's versteht, den lieben wir?“

Wochenlang wick sie die Villa Brädner, sagte jede Einladung ab und brachte Mutter und Bruder durch ihr gleichgültiges, schlafes Wesen zum Keger.

Als dann endlich, in wirklicher Sorge um sie, Alra mit dem Konsul in dessen Auto sie zu einer Spazierfahrt abholen wollte, schloß sie Kopfweh vor und blieb zum unbeschreiblichen Verdruß ihrer Mutter zu Hause.

„Treib's nur so weiter!“ schalt Frau von Ernheim. „Du wirst ja sehen, wo du mit deinen vierundzwanzig Jahren bleibst — im Stift, wenn das Glück gut geht. Heute noch schreibe ich deswegen an Onkel Armin. Er soll sich nach dem Platz von Clementine umtun.“

Denn das sage ich dir! — fuhr sie lamentierend fort, „noch eine Saison mache ich nicht mit. Namentlich, wenn du so unerträglich dich benimmst wie jetzt. Den Brädner so vor den Kopf zu stoßen! Millionen hat er und den Abel, sobald er nur will.“

(Fortsetzung folgt.)



dem früheren Landtag angehört hätten, nicht überraschend. Die jetzige Brücke entspreche nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Ein Umbau sei notwendig. Die Frage sei nur, wer die Kosten zu tragen habe. Er sei auch hierin mit dem Abg. Körner einig, daß die Frage eingehend geprüft werden müsse. Redner verweist den Vertrag von 1852, durch den der Staat zur Unterhaltung der Brücke verpflichtet sei. In der Begründung sei von unzulässigen Auffälligkeiten die Rede. Es müsse festgestellt werden, wer diese vorgenommen resp. habe geschehen lassen und deshalb die rechtlichen Folgen zu tragen habe. Im übrigen sei er für Kommissionsberatung.

Abg. v. Gaus (Vp.): Es sei auch nicht erhebend, daß ein so starker Gegensatz zwischen Stadt und Land gleich bei Beginn des Landtages konstruiert werde. (Sehr richtig.) Er glaube, daß Stuttgart ein Interesse an der Redarverlegung wohl der Bahnbau die Ursache sein und deshalb bestehe kein Zweifel, daß die Eisenbahndirektion ein großes Interesse an der Redarverlegung habe.

Abg. v. Gaus (Vp.) stellt fest, daß die Erneuerung der Redarbrücke Sache des Staates sei und daß dieser die Brücke so herstellen müsse, wie es den Zwecken und Bedürfnissen entspreche. Diese Frage scheide deshalb aus und es handle sich nur um die Redarverlegung. In dieser Beziehung habe Stuttgart ein starkes Interesse, da eine nicht unerhebliche Anzahl von Grundstücken der Bebauung zugeführt werden könnten. Das liege nicht nur im Interesse der Gemeindeverwaltung, als vielmehr auch im Interesse der Grundbesitzer. Sonst führe der Staat solche Bauarbeiten und die Gemeinden müßten Beiträge zahlen. Hier sei es umgekehrt und Stuttgart habe das ungeheure Risiko. Schließlich protestiert Redner gegen die Ausführungen Körners, der einen Gegensatz zwischen Stuttgart und dem Lande habe konstruiert wollen. Wenn sonst nichts helfe, dann sage der Bauernbund immer, daß es einen guten Eindruck machen würde, wenn Stuttgart mit gutem Beispiel vorangehe. Das wäre aber in diesem Fall eine Pflichtverletzung der Stuttgarter Stadtverwaltung, wenn sie ein solches Geschenk machen wollte.

Minister des Innern v. Fleischhauer: Es sei bemerkt worden, daß es wenig angenehm sei, mit einer so hohen Nachtragsforderung die Tätigkeit des Landtages einzuleiten. Ihm wäre es auch angenehmer gewesen, wenn die Vorlage schon im vorigen Sommer vorgelegt worden wäre. Die Regierung habe aber davon mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses Abstand nehmen müssen, weil die Vorlage erst kurz vor Landtagsabschluss hätte an diesen gelangen können. Es sei gefragt worden, ob der Staat oder Stuttgart das bessere Geschäft mache. Er stelle fest, daß die Initiative nicht von Stuttgart, sondern von der Straßenbauverwaltung ausgegangen sei. Es liege ein dringendes Bedürfnis für den Staat vor. Die Vorteile, die Stuttgart habe, seien durch die der Stadt auferlegten Opfer bewertet. Der Staat habe etwa 2 Millionen Mark, die Stadt Stuttgart noch etwa 1 1/2 Millionen zu tragen. Das sei immerhin ein erheblicher Betrag. Was die unzulässigen Auffälligkeiten anlangt, so handle es sich dabei nicht um solche rechtlicher Art, sondern um technisch unzulässige Auffälligkeiten. Im übrigen werde die Kommissionsberatung, wobei es weitere Ausführungen geben werde, jedenfalls die notwendige Klärung bringen.

Abg. Körner (WR.) dankt dem Minister für seine Klärung, daß Stuttgart seiner Zeit das freiwerdende Gelände an die Eisenbahndirektion verkaufen werde. Im übrigen verteidigt der Redner seine Haltung und verwahrt sich dagegen, daß er einen Gegensatz zwischen Stuttgart und dem Lande habe konstruieren wollen.

Abg. Dietrich (S.) stellt Körner gegenüber fest, daß, wenn er auch ein Abgeordneter des Landes — für den Bezirk Deidenheim — sei, er jetzt wie in Zukunft vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus geurteilt habe und urteilen werde.

Die Vorlage wird darauf dem Finanzausschuß überwiesen. Nächste Sitzung morgen nachm. 3 Uhr. Tagesordnung: Erste Beratung des Hauptfinanzrats und kleinere Vorlagen.

Eisenbahnbaukreditgesetz. In einem Eisenbahnbaukreditgesetz fordert die Regierung für die Jahre 1913/14 für die Betriebsausgaben insgesamt 40 574 000 Mark. Dazwischen befinden sich rund 40 Millionen als erste Rate für acht neue Nebenbahnen. Für den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, für den bisher schon rund 63 Millionen bewilligt worden sind, werden weitere 10 Millionen Mark verlangt, zur Vermehrung der Fahrzeuge 9,5 Millionen und zur Erweiterung von Bahnhöfen im Lande rund 8 Millionen Mark. — Im einzelnen fordert das Eisenbahnbau-Gesetz für 1913/14 150 000 Mark für die Linie Schorndorf-Welzheim, 330 000 Mark für Göttingen-Gmünd, 700 000 Mark für Böttingen-Reninggen, 1 300 000 Mark für Spaichingen-Kupflingen, 98 000 Mark für Maulbronn Bahnhof-Maulbronn Stadt, 600 000 Mark für Buchau-Riedlingen, zusammen 3 178 000 Mark. Für den Bau weiterer Nebenbahnen werden gefordert: 400 000 Mark für Breiten-Kreitlingen, 500 000 Mark für Biberach-Utenweiler, 500 000 Mark für Schönbach-Waldenbuch, 500 000 Mark für Schömberg-Rottweil, 700 000 Mark für Künzelsau-Forchtenberg, 800 000 Mark für Ludwigsburg-Markgröningen, 200 000 Mark für Dornstetten-Holzgrafenweiler, zusammen 3 600 000 Mark. Weitere 316 000 Mark sind als Staatsbeitrag zum Bau einer Nebenbahn von Reunshadt nach Ohrnberg durch einen Privatunternehmer bestimmt. 4 Millionen Mark werden gefordert für den Bau von zweiten Gleisen zwischen Ulm-Aulendorf, Horb-Rottweil, Böttingen-Göttingen, Gmünd-Naen, und Calmbach-Wildbad. 10 Millionen Mark sollen dem Stuttgarter Bahnhofumbau und den Erweiterungsbauten zwischen Ludwigsburg und Plochingen dienen.

Die sozialdemokratische Fraktion dreht den Spieß um.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion (Abg. Hildenbrand) sagt jetzt in einer drei Spalten langen Erklärung die Redaktion der frivolen Schädigung der Parteinteressen, der systematischen Verabschwörung der Abgeordneten und der Einführung von zweierlei Recht zum Nachteil der Fraktion an. Mit Recht sagt die Erklärung, daß der bombastische Artikel der „Tagwacht“ über den „Eröffnungsdrammel“ nicht nur lächerlich gewirkt habe, sondern alle politische Bernunft habe verwirren lassen. Die Erklärung weist nach, daß bisher die wiederholte Beteiligung der Fraktion an den Eröffnungssitzungen von der Partei nie beanstandet worden sei, und erinnert an die verschiedenen „Sünden“ auch tadelloser Abgeordneter. Der Vorstand der Fraktion beruft sich auf den für die sozialdemokratischen Parlamentarier geltenden Satz, alle verfassungs- und geschäftsordnungsrechtlichen Pflichten zu erfüllen und dafür alle aus der Beratung und Geschäftsordnung sich ergebenden Rechte zu beanspruchen. Die württembergische Fraktion teile nicht die Vertrauenslosigkeit der „Tagwacht“ zur bürgerlichen

Landtagsmehrheit, daß diese die Ablehnung von Pflichten durch die Sozialdemokraten nie zu einer Schmälerung ihrer Rechte benutzen werde. Daher erfülle die Fraktion ihre Pflichten, um stets ihre Rechte wirksam verteidigen zu können.

Außer dieser schmerzhaften Spitze gegen die radikalen Resolutionschmiede paßt der Artikel auch das Zentralorgan der Partei, den „Vorwärts“, recht kräftig an. Dieser erweise sich allgemein in den innerpolitischen Zerwürfnissen nicht als ein von höheren Gesichtspunkten geleiteter Vermittler, sondern er spiele in der sozialdemokratischen Gemeinde die Rolle des Bütteleis, der über die Einhaltung der Polizeistunde wache. Bei seinen Fremden drücke er beide Augen zu, bei den württembergischen Abgeordneten aber erlaube er Anzeige. Der Artikel fragt: „Mit welchem Recht behandelt der „Vorwärts“ die Württemberger als Parteiführer, wenn er die Handlungen der anderen für selbstverständlich ansieht?“ Eindringlich hält der Fraktionsvortrag der Partei die Schädigungen vor, die hoferrückte Gegner in den eigenen Reihen der Partei schon zugefügt haben und immer aufs neue zufügen. Er beansprucht auch für die Abgeordneten die Achtung vor ihrer persönlichen Würde, und ihrem ehelichen Willen, der Sache des arbeitenden Volkes zu dienen. Auf diese Abrechnung hat die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ noch kein Wort der Erwiderung gefunden.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 15. Januar 1913.

Im Bundesratsrat: Dr. Delbrück und Kommissare. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 11 1/4 Uhr. Die zweite Lesung des Etats des Innern wurde fortgesetzt. (Dritter Tag.)

Zum Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ lagen neun Resolutionen vor.

Abg. Fehr. v. Camp (Rpt.): Zunächst habe ich namens meiner Partei die Entrüstung auszudrücken über das Auftreten des Abg. Wetterlé. (Lebhafter Bravo!) Ein Mann, der so auftritt wie Wetterlé, sollte selbst einsinken, daß für ihn im Deutschen Reichstage kein Platz ist. (Sehr richtig!) rechts und im Zentrum.) Jeden Vaterlandsfreund muß ein derartiges Vorkommnis mit ernster Sorge erfüllen. Wir haben seinerzeit der elch-lohringischen Verfassung zugestimmt; jetzt dürfte sich aber dieses Gesetz als ein Fehlschlag herausgestellt haben. Die Ansicht des Abg. Fischer, daß unsere soziale Gesetzgebung seit dem Ausschreiben des Grafen Polabowsky aus dem Amt stillgestanden habe, trifft nicht zu. Im Gegenteil ist das Tempo unserer sozialen Entwicklung ein außerordentlich schnelles. Die Anregung des Grafen Bestary wegen eines Verbotes des Streikpostenlebens begrüßen wir dankbar. Die Entwicklung der Barenhäuser beansprucht unsere größte Aufmerksamkeit. Die Barenhäusersteuererhebung bedarf einer Reform. Auch für die Kinematographen-Theater müssen Gesetze geschaffen werden, vor allem um die Kinder vor schädlichen Einflüssen zu schützen. Dr. Müller-Reinigen sollte nicht immer abfällig über preussische Dinge, namentlich über das Wahlrecht, sich äußern. Von dem Wahlrecht gilt, was Bismarck von preussischen Angelegenheiten sagte, sie wirken wie eine Bollaube, erst fragt sie etwas, nachher läßt man sich aber sehr wohl darin. (Wetterlé!) Mit der Vermehrung des Goldbestandes der Reichsbank sind wir einverstanden. Der geplanten sozialdemokratischen Volksversicherung ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Abg. Jel (Zentr.): Namens meiner Parteifreunde muß ich das letzte Auftreten des Abg. Wetterlé durchaus mißbilligen. (Lebhafter Bravo!) Wann wird uns endlich das Wanderlagergesetz vorgelegt werden, und wann werden die Erwägungen über das Submissionswesen abgeschlossen sein? Wir verlangen, daß Arbeiter, die arbeiten wollen, nicht daran gehindert werden. Damit verlangen wir kein Ausnahmengesetz. Das Handwerk muß auf gesetzlichen Schutz bestehen. Seine Selbsthilfe gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen versagt in den meisten Fällen; nicht einmal die Tarifverträge nützen ihm. Die konservative Resolution gegen das Streikpostenlebens dürfte schwer durchzuführen sein. Die Beamtenkonsumvereine müssen gesetzlich eingeschränkt werden. Auch den Auswüchsen des Hausierhandels muß ein gesetzlicher Regel vorgeschrieben werden.

Präsident Dr. Kaempf erklärte eine Äußerung des Abg. Jel, Abg. Müller-Reinigen habe nicht ehrlich gehandelt, wenn er wider besseres Wissen behauptet hätte, der Abg. Wetterlé gehöre zum Zentrum, als parlamentarisch unzulässig.

Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück: Einen breiten Raum in der Erörterung über die Sozialpolitik hat die Frage des Koalitionsrechts eingenommen. Meine Rede vom 10. Dezember vorigen Jahres hatte lediglich den Zweck, an der Hand der Gesetzgebung und ihrer geschichtlichen Entwicklung die Grenzen des Koalitionsrechts und des Reichsvereinsgesetzes festzulegen. Die juristischen Ausführungen, die ich in dieser Beziehung gemacht habe, sind nach meiner Ansicht weder von den Rednern im Hause, noch in der Presse widerlegt. Soweit die Beziehungen des Reichs zu den Bundesstaaten in Frage kommen, lassen sich nach der Natur der Dinge immer nur die Grundsätze festlegen, nach denen die Reichsgerichte in den Bundesstaaten anzuwenden sind. Unzutreffend hat mir der Abg. Fischer vorgeworfen, meine Ausführungen bedeuteten eine Verneinung des Koalitionsrechts. Unrichtig ist es auch, wenn mir vorgeworfen worden ist, daß ich das Koalitionsrecht mit einem Schlag vernichtet hätte. Ich habe im Gegenteil nur die Grenzen festgelegt. Die Verlegung, ein Koalitionsrecht zu konstruieren, das gar nicht besteht, sind zu beklagen, weil dadurch die Regierung in der Behandlung der Frage des Koalitionsrechts in eine Rumpferstellung gezwungen wird, und weil auch die Meinung einzelner Ressorts, ihre Befugnisse liberal zu handhaben, sicherlich nicht gestärkt wird, wenn man ihnen ununterbrochen vormittelt, daß sie das Recht verlegen. Bezüglich der Gewerkschaftsangelegenheiten habe ich meinen Ausführungen vom 10. Dezember d. J. nichts hinzuzufügen und auch nichts davon in Abrede zu stellen. Alles, was ich damals gesagt habe, halte ich in allen Punkten aufrecht. Der Abgeordnete Müller-Reinigen hat aus meinen Ausführungen weitgehende Konsequenzen auf kirchenpolitischem Gebiet gezogen, aber hinzugefügt, daß ich wohl selbst an diese Konsequenzen nicht gedacht hätte. Das legiere ist richtig (Wetterlé!) und es fehlt für mich jede Veranlassung, diese Konsequenzen zu ziehen, und ich lehne ihre Berechtigung hiermit ausdrücklich ab. Aber die mit der römischen Kurie gepflogenen Verhandlungen kann ich nicht sagen; es ist nicht üblich, über derartige diplomatische Verhandlungen ohne Zustimmung des anderen Teils öffentlich Mitteilung zu machen. Es genügt auch vollständig die Mitteilung, daß wir in den Gewerkschaftsangelegenheiten vermittelnd eingegriffen und in Rom zugunsten der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften gewirkt haben, und zwar vor der Synודה, und daß die Synודה den Willen der Kurie erkennen läßt, den katholischen Arbeitern den Beitritt zu den Gewerkschaften nicht zu verweigern, und daß endlich, wie mir von angesehenen Seiten aus den Gewerkschaften bestätigt ist, das Fortbestehen der Gewerkschaften in der bisherigen Weise unumkehrbar gesichert ist. Alle Forderungen zum Schutze der Arbeitswilligen spielen in dem Fall noch einem Verbot des Streikpostenlebens. Ich sehe darin ein unzulässiges Mittel zur

Verteidigung der Arbeit, deren Vorhandensein ich anerkenne. Wenn man die Vertiefung der Arbeitswilligen durch Streikposten wirksam bekämpfen will, so kann das nur durch eine systematische Änderung der Strafgesetzgebung geschehen. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen reichen aber tatsächlich aus, um Ausschreitungen von Streikposten zu begegnen. Das bestätigen die Vorgänge im Ruhrrevier. Es sind dort etwa 3000 Anklagen (Dort! Dort! links) wegen solcher Vergehen erhoben worden. Sehr zahlreich ist die Zahl der verurteilten Frauen, ungefähr 400 Fälle. Im Frühjahr verging nicht ein Tag, wo ich nicht Stöße von Depeschen erhielt, die um Schutz gegen die Ausschreitungen der Streikenden baten. Wenn der Ruf nach einer Beschränkung der Koalitionsfreiheit immer härter wird, dann haben Sie (zu den Sozialdemokraten gewandt) vor allem die Schuld daran. Dätten Sie nicht die Freiheit anderer angestoßen gemacht, und hätten Sie nicht zahlreiche Konflikte mit dem Strafgesetzbuch herbeigeführt, dann würde kein Mensch in diesem Hause auf den Gedanken kommen, die Koalitionsfreiheit zu beschränken. (Sehr richtig! links) (Wetterlé!) (Wetterlé!) Ich bitte den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen. Ich war darauf gefaßt, daß der Regierung der Vorwurf der sozialen Unfähigkeit und mangelhafter sozialer Kenntnisse gemacht werden würde. Die Begründung der Vorwürfe hat mich aber enttäuscht. Der Abgeordnete Fischer machte darauf aufmerksam, daß die Arbeitsverhältnisse in der Binnenindustrie, in der Hansindustrie und in den Wasch- und Plättankästen geregelt werden müßten und daß die Nachtarbeit in den Bäckereien, sowie die Sonntagsarbeit abgeschafft werden müsse. Ich habe schon im vergangenen Jahre darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse in der Binnenindustrie, in den einzelnen Provinzen und an den verschiedenen Strömen so verschieden liegen, daß man nur einige allgemeine Vorschriften und Bestimmungen treffen könne. Aber zweifellos bestehende Mißstände haben inzwischen Verhandlungen zwischen den Rednern, den Schiffslenten und den Vertretern der Regierungen stattgefunden. Auf Grund des erhaltenen Materials werden weitere Anordnungen erlassen werden. Die Vorwürfe, daß wir in der Frage der Heimarbeit nichts getan haben, sind hinjällig. Wir sind bei der Arbeit, das Gesetz auszubauen, ein Fachauschuß dürfte alsbald geschaffen werden. Inbezug auf Beschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien sind wir bis an die Grenze der Möglichkeiten gegangen. Das Gesetz betr. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe liegt dem Bundesrat vor. Auch hinsichtlich der Schwerindustrie sind wir bis an die Grenze der Möglichkeiten gegangen. Die Verordnungen von 1908 hat auch in weitgehender Weise Klarheit über die Arbeitszeit und über die Überstunden in der Schwerindustrie gebracht. Wir haben auf dem Gebiete der sozialen Politik eine so umfassende Tätigkeit in den letzten Jahren entwickelt, daß ein gewisser Ruhepunkt selbstverständlich ist. Wir müssen einmal Schluss machen und abwarten, ob überhaupt Erweiterungen nötig sind. Wo ist denn, wenn wir uns dieses alles vorhalten, die sozialpolitische Entwicklung gehindert worden? Sehr interessant ist ein Vergleich mit dem, was in den Vereinigten Staaten von Amerika von der Fortschrittspartei an sozialpolitischen Forderungen gestellt wird. Diese Partei fordert bessere Volksschulen, Fürsorge für die Hilfe von Krankheit oder Arbeitslosigkeit, eine größere Fürsorge für die Einwanderer, Schutz gegen das Unwesen auf dem Gebiete der Stellenvermittlung, eine Regelung des Arbeitsmarktes, ferner wird die Koalitionsfreiheit als etwas Notwendiges gefordert. Das alles ist in der Reichsarbeit bei uns, wenn nicht erfüllt, so doch in Aussicht genommen. Das republikanische Amerika, das klassische Land der individuellen Freiheit, steht also hinter unserem angeblich rückständigen Staat weit zurück. Dieser Vergleich mit Amerika sollte in uns allen das Bewußtsein stärken, daß wir alles tun müssen, mit unseren heimischen Verhältnissen zufrieden zu sein, daß unser deutsches konstitutionelles Leben besser arbeitet als ein Staat, der auf der absoluten Freiheit aufgebaut ist. Sie erschauern uns unsere Aufgabe, wenn Sie das Gute lieblich im Auslande suchen und das Ausland auf Kosten Ihres Vaterlandes loben. So muß auch die Regierung das Verhalten des Abgeordneten Wetterlé mit Ihnen schwer empfinden. Ich will hier in diesem Hause keine Kritik über das Verhalten eines Mitgliedes dieses Hauses üben, aber ich danke allen denen, die so entschlossen und tapfer gestern und heute ihre Abneigung gegen ein derartiges Treiben ausgesprochen haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Graefe-Göhring (Kons.): Auch ich habe namens meiner Partei unsere tiefe Entrüstung über das Auftreten des Abg. Wetterlé zum Ausdruck zu bringen. Zugunsten unseres Handwerks sind bringende Maßnahmen notwendig. Daß die Barenhäusersteuer eine verkehrte Maßnahme gewesen sei, vermögen wir nicht anzuerkennen. Soweit der Reichstag in Frage kommt, ist unser sozialpolitischer Fortschritt in erster Linie meiner Partei zuzuschreiben. (Sehr richtig! rechts; Fahren links.) Wäre es auf die Linke angekommen, so hätten die Arbeiter weder die Taube noch den Spag. Wir müssen und nun endlich auch anderen Bevölkerungsschichten zuwenden und den Mittelstand zu fördern suchen. Wir hoffen dabei, daß auch das Reichsamt des Innern ein schnelleres Tempo einschlagen wird, damit diese Fragen aus dem Stadium der bloßen Erwägungen herauskommen und Wirklichkeit werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Doormann (Fortf. v. P.): Auch wir verurteilen das Verhalten des Abg. Wetterlé, können aber nicht anerkennen, daß dieses mit der elch-lohringischen Verfassung etwas zu tun hat. Es muß anerkannt werden, daß in Deutschland die Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete sehr reger war. Eine weitere Verbesserung der von den freien Gewerkschaften erzielten Volksversicherung können wir nur freudig begrüßen. In der Wohnungsfürsorge muß mehr geschehen. Dem Handwerk kann durch Zwangsinnungen allen nicht geholfen werden; man muß diesen Organisationen auch lebendigen Inhalt geben.

Abg. Schmalbach (Rat.): Die lokale, vaterlandliebende und königstreue Haltung des litauischen Volksammtes läßt es nicht berechtigt erscheinen, daß der Sprachenparagraf des Vereinsgesetzes auf ihn angewendet werde. Deshalb sollte die Reichsregierung die preussische Staatsverwaltung veranlassen, das Gesetz so anzuwenden, wie es der Billigkeit diesem Volksstamme gegenüber entspricht.

Abg. Kuzawski (Pole): Den Polen wird das Vereins- und Versammlungsrecht häufig unter bewußter Mißachtung des Gesetzes in gütlicher Weise verweigert. Man sucht die polnischen Berufsorganisationen zu unterdrücken, die nach Ansicht des Reichslanzlers nicht unter den Sprachenparagrafen fallen.

Abg. Dr. Berner-Siegen (Wirtsch. Vg.): Wir verlangen das Verbot von Schenkungen fremder Rassenangehörigen. Weiter fordern wir ein Gesetz zum Verbot der Verwendung nichtdeutscher Geschäftsbeziehungen und die Schaffung einer obersten Sprachbehörde für Behörden und Schulen. Auch die im Steigen begriffene Naturverschönerung durch Reklame muß gesetzlich verboten werden. Das System der Einschulung ist für unsere deutsche Landwirtschaft unbedingt notwendig. Die Interessen des Mittelstandes werden an hoher und höchster Stelle mit Füßen getreten. Auch wir mißbilligen das Auftreten des Abg. Wetterlé; ebenso befragt aber auch die fortschrittliche Volkspartei die Geschäfts des Auslandes. (Großer Sturm links; Präsident Kaempf rief den Redner zur Ordnung.) Wenn es auf die Sozialdemokraten ankommt, werden den ausländischen, bei uns gastierenden Arbeitern alle sozialpolitischen Vorteile zugewendet. Unsere heimischen oder können ihre Wege betreten gehen. (Beifall rechts; Fahren links.)

Weiterberatung Donnerstag 1 Uhr.



Deutsches Reich.

Wetterles Rückzug.

Der elsass-lothringische Reichstagsabgeordnete Abbé Wetterles hat den letzten seiner Vorträge über die Volksgewinnung in Elsaß-Lothringen, die eine zersetzende Kritik an der Kulturarbeit des Deutschtums in Elsaß-Lothringen abgibt, pöblich abgelehnt. Er sollte in der geographischen Gesellschaft zu Paris stattfinden. Als Grund gibt der bekannte Journalist Gabriel Bonvalot an, daß Wetterles benachrichtigt worden sei, die deutsche Behörde beabsichtige, gegen Wetterles wegen Hochverrats vorzugehen. Die zweifache politische Immunität, die Abbé Wetterles als Reichstagsabgeordneter und Mitglied des elsass-lothringischen Landtages genießt, schützt ihn nun nicht in einem Zeitraum von 24 Stunden nach dem Verbrechen. Wenn Wetterles also innerhalb von 24 Stunden nach seinem letzten Vortrag deutsches Gebiet betritt, kann ihn die deutsche Behörde verhaften und unter Anklage stellen. Da Abbé Wetterles der Eröffnung des elsass-lothringischen Landtages beiwohnen mußte, hat er es vorgezogen, den Vortrag ausfallen zu lassen, um der deutschen Behörde nicht einen Grund zum Einschreiten gegen ihn zu geben.

Im elsassischen Landtag

Bei der Staatsberatung mit einer ziemlich erregten Sitzung begonnen. Unterstaatssekretär Köhler begründete den Etat für 1913. Bei dem Titel „Repräsentationskosten des kaiserlichen Statthalters“ erklärte er im Namen der Regierung, daß sie eine Verkürzung desselben nicht für angängig halte. Auch solle der Dispositionsfonds des kaiserlichen Statthalters, der im ordentlichen Etat auf 100 000 Mark — gegen früher 130 000 Mark — herabgesetzt wurde, in der jetzigen Verwaltungsform bestehen bleiben, weil er anerkanntermaßen gute Dienste geleistet habe. Abg. Marx (Str.) erklärte die vorsichtige Aufhebung des Etats an und erklärte, daß bezüglich der Repräsentationskosten für den Statthalter das Zentrum dabei beharre, daß dieser mit 200 000 Mark zu hoch und daß die Hälfte ausreichend sei. Er kündigte ferner einen Antrag des Zentrums wegen einer neuen Bahnlinie Straßburg-Basel an. Der Abg. Jung (Lothringer) schmitt die Frage der Mosellanalisierung an und warf Preußen dabei vor, daß es, von krasser Selbstsucht und von Egoismus getrieben, dem Lande eine unwürdige Behandlung zuteil werden lasse. Präsident Rickling rief den Abgeordneten heftig erregt zur Ordnung. Als dieser erneut Preußen angriff, kündigte der Präsident einen weiteren Ordnungsruf in energischer Form an, worauf der Abgeordnete seine Äußerungen zurücknahm. Der Vertreter der Sozialdemokratie, Fuchs, erklärte, daß seine Partei den gesamten Etat ablehnen werde, mit der Begründung, daß die Regierung die großen Forderungen der Sozialpolitik so wenig berücksichtigt habe.

Ein deutscher Dampfer vermisst.

In den Kreisen der Hamburg-Amerika-Linie ist man in erster Beforgnis um den Dampfer „Abessinia“, der mit 40 Mann Besatzung am 11. Januar bei Kenigsberg eine schwere Havarie erlitt. Der White-Star-Dampfer „Armenia“, der, wie gemeldet, die „Abessinia“ ins Schlepptau nehmen wollte, verlor sie im dichten Nebel, und das Schiff ist seither verschollen. Der ausreisende Havagadampfer „Pisa“ wurde drahllos beordert, die Suche aufzunehmen. — Die „Abessinia“ ist eine der größten Ozeandampfer der Havag.

Vermögenszuwachssteuer.

Aus Berlin wird berichtet: Nachdem die Konferenz der Finanzminister der Bundesstaaten über die Besitzsteuer ihre Ergebnisse verlaufen ist, wird, wie der „Volksanzeiger“ hört, im Reichsfinanzamt der Entwurf einer Vermögenszuwachssteuer ausgearbeitet, für den man im Bundesrat auf eine Mehrheit rechnet.

Vom Hansabund.

Das Direktorium des Hansa-Bundes hat Herrn Kommerzienrat Emil Engelhard in Mannheim, Mitglied der Erlangen bairischen Kammer und Präsident der Handelskammer zu Mannheim, zum Mitglied des Präsidiums des Hansa-Bundes gewählt.

Berlin, 16. Jan. Die Mittagsblätter melden aus Oberwalde: Der Militärchriftsteller Generalmajor a. D. Konstantin v. Zepelin ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Berlin, 16. Jan. Die Leiche des Sekretariatsassistenten Franz Behm vom kaiserlichen statistischen Amt, der seit dem 7. Oktober 1909 verschwunden und der von dem Tannenberg-Kolbe, dem Liebhaber der Frau Behm, ermordet worden sein soll, ist jetzt, noch wenig verwes, bei Tabendorf ausgegraben und identifiziert worden. Es wurden in der Tat Kopfverletzungen an der Leiche festgestellt. Frau Behm befindet sich im Gewahrsam des Polizeipräsidiums. Kolbe ist noch nicht festgenommen.

Berlin, 15. Jan. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags, die sich mit der Forderung der für die Reichsversicherung zu leistenden Beiträge, die auf 37,12 Millionen angesetzt sind, befaßte, brachten die Sozialdemokraten eine Resolution ein, welche neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversorgung und eventuell eine Erhöhung der Renten wünscht. Nach längerer Debatte, an der sich Regierungsdirektoren und Mitglieder der verschiedenen Parteien beteiligten, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

München-Gladbach, 15. Jan. Die Stadtverordneten haben beschlossen, aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers den Bau eines Stadttheaters in Aussicht zu nehmen. Die Baukosten werden auf 1,5 Millionen Mark geschätzt und sollen zum Teil durch private Stiftungen aufgebracht werden. 3 Bürger zeichneten bereits 150 000 Mark.

Ausland.

Zur Präsidentenwahl in Frankreich.

Die Vollversammlung der Republikaner trat Mittwoch nachmittag in Paris zusammen, um den Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik zu bestimmen. 748 Parlamentarier hatten Einladungen erhalten. Bei der Abstimmung fielen von 633

abgegebenen Stimmen 180 auf Poincaré, 174 auf den Ackerbauminister Pams, 107 auf den Senatspräsidenten Dubost, 83 auf den Kammerpräsidenten Deschanel, 52 auf Ribot, 22 auf Jean Dupuy, 7 auf Delcassé, 4 auf Porichon und je 1 Stimme auf Clemenceau, Pichon, Declaroche und Bernet. Es wurde darauf zum 2. Wahlgang geschritten. Bei diesem erhielten Pams 283, Poincaré 272, Ribot 25, Deschanel 22, Dubost 8, Dupuy 7 und Delcassé 3 Stimmen. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hatte, wird morgen eine 3. Abstimmung stattfinden. — Ministerpräsident Poincaré erklärte in einem Interview, er werde auf alle Fälle für die Präsidentschaft kandidieren. Senatspräsident Dubost hat zugunsten des Ackerbauministers Pams auf die Kandidatur der Präsidentschaft verzichtet. Kammerpräsident Deschanel hat bedingungslos verzichtet. Ribot behält sich die Freiheit seiner Entschlüsse vor.

Ein türkisches Kriegsschiff beschieß Syra.

Athen, 16. Jan. Dem türkischen Kreuzer „Medjidie“ ist es gelungen, die Schlachlinie der griechischen Schiffe zu durchbrechen. Der Kreuzer erschien vor der mitten im Ägäischen Meer liegenden griechischen Insel Syra (Sytros) und beschoss die Hauptstadt gleichen Namens. Auf ein im Hafen liegendes griechisches Schiff wurden 15 Schüsse abgegeben. Ein Mann und eine Frau wurden getötet. Der türkische Kreuzer zog sich schließlich nach Kleinasien zurück. Die übrigen türkischen Kriegsschiffe hatten die Dardanellen nicht verlassen.

Balkanregeln. Die von den Balkanverbündeten an der türkischen Bevölkerung verübten Greuel sind in Rom von einem diplomatischen Vertreter einer Großmacht in einem Schreiben geschildert worden, worin auch Einzelheiten aufgeführt sind. Der Brief jagt wörtlich: „Hier will noch immer keine Ruhe einkehren, im Innern dauern die Massaker unter den unglücklichen Türken fort. Man schätzt die Zahl der bisherigen Opfer auf 240 000 und ich halte die Zahl für nicht zu hoch gegriffen. Wenn doch einmal Europa eingreifen wollte, wie es sonst immer tat, wenn einmal ein bulgarischer oder griechischer Viehdieb verprügelt wurde.“

Russisch-japanischer Geheimvertrag? Die Zeitung „Samouprava“ berichtet in einem Telegramm aus Tokio, daß im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Oesterreich, Japan auf Grund eines Geheimvertrages Rußland zwei Armeekorps zur Verfügung stellen werde. Man verfolge in Japan die europäische Orientfrage mit großem Interesse und man wünsche, daß Rußland einen beherrschenden Einfluß auf den Balkan behalte, anderenfalls werde Rußland versuchen, seine Expansion in Ostasien zu vermehren, was von Neuem zu Zusammenstößen mit Japan führen könnte.

Die spanischen Sozialisten. Die konservative Presse Spaniens, die seit Wochen schon auf König Alfonso, wegen dessen liberaler Gesinnung nicht gut zu sprechen ist, tobt. Der König hat den Sozialdemokratenführer Azcarato, auf seinen besonderen Wunsch in Audienz empfangen und sich mit ihm über 1½ Stunden über politische Fragen unterhalten. Graf Romanones, der den Empfang des Sozialdemokratenführers vermittelte, versichert, daß König Alfonso das Bestreben habe, noch mehr als bisher, auf breiterer liberaler Grundlage, d. h. gemäß auf die geeinigten Parteien der Liberalen mit Veranlassung der Republikaner und Sozialdemokraten, den Kulturfragen ein großes Reformprogramm zur Ausführung zu bringen.

Der Vatikan und der Kino. Ein Dekret der Konsistorial-Kongregation, das vom Papst approbiert worden ist, untersagt die Verwendung des Kinos in Kirchen, Lichtbildervorträgen und anderen Szenendarstellungen, selbst wenn sie ein religiöses Ziel verfolgen. Bisher hatte der Vatikan die Verwendung des Kinos für den Katechismusunterricht gestattet.

Prag, 16. Jan. Wegen eines häuslichen Zwistes ermordete der Tagelöhner Broz seine Frau und sein Enkelkind durch Beischieße, beging, um einen Raubmord vorzutäuschen, die Leichen mit Petroleum und zündete sie an. Der Täter, der sich gestrichelt hatte, wurde verhaftet.

Württemberg.

Die Ulmer Volkspartei hat in einer gut besuchten Mitgliederversammlung zu den Vorgängen bei der Präsidienwahl im Landtag Stellung genommen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß die nationalliberale Landtagsfraktion bei der ersten wichtigen Abstimmung im Landtag, es nicht über sich bringen konnte, dem Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, Kaufmann, im ersten Wahlgang ihre Stimme zu geben. Die Versammlung könne nicht verstehen, daß der Grund der Haltung der nationalliberalen Landtagsfraktion, wie die württembergische Pressekorrespondenz behauptet, der gewesen sein soll, daß mit der Abstimmung der Gedanke eines Großblocks zurückgewiesen werden sollte. Die Haltung der nationalliberalen Landtagsfraktion sei um so unverständlicher, als gerade Kaufmann derjenige Führer der Fortschrittlichen Volkspartei war, welcher sich trotz des Widerspruchs weiter Kreise der Volkspartei die größte Nähe gegeben hat, für die Landtagswahlen ein Zusammengehen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei zustande zu bringen.

Eine nationalliberale Erklärung wird parteiamtlich abgegeben. Sie lautet:

„Für die nat.-lib. Landtagsfraktion stand aufgrund einstimmiger Beschlüsse von Anfang an fest, daß die Wahl eines ihrer Mitglieder zum ersten Präsidenten mit ausschließlicher Hilfe von sechs für sie ausgeschlossenen sei müsse. Demgemäß hat sie mit einer Wahl des Abg. v. Hieber zum ersten Präsidenten nicht gerechnet. Wenn sie im ersten Wahlgang ihre Stimmen auf den Abg. v. Hieber und nicht auf den Abg. Kaufmann vereinigt sah, so geschah es deshalb, weil die Wahl gerade dieses Kandidaten im ersten Wahlgang als eine bewährte Stellungnahme für den Großblockgedanken hätte aufgefaßt werden können, nicht weil sie, damit gegen die Volkspartei

hat demonstrieren wollen; vielmehr war die Fraktion entschlossen, im zweiten Wahlgang für Kaufmann zu stimmen. Daß das Verhalten der nat.-lib. Landtagsfraktion durchweg loyal war, hat im Gegensatz zu ihrer Presse die Fraktion der Volkspartei durch ihre einmütige Abstimmung für den Abg. v. Hieber als zweiten Vizepräsidenten bekräftigt.“

Es hat kein volksparteiliches Blatt gesagt, die Nationalliberalen hätten bei den Präsidentenwahlen gegen die Volkspartei demonstrieren wollen, dagegen wurde festgestellt, daß sie durch ihre Haltung ihre Unfähigkeit zu einem energischen Links-Zusammenschluß bewiesen habe. Die einmütige Abstimmung der Fraktion der Volkspartei aber war eine selbstverständliche Anerkennung der immer gleich unbeirrten volksparteilichen Politik und ganz sicher keine Vertrauensfundgebung für die Loyalität der nationalliberalen Landtagsfraktion. Die Volkspartei blieb auf ihrem einmal als richtig erkannten Standpunkt trotz der Haltung der Deutschen Partei.

Stuttgart, 15. Jan. Zum 70. Geburtstag des Ministers des Innern v. Fischer überreichten heute dem Minister die Vorstände der Ministerialabteilungen und Landeskollegien eine von über 600 Beamten unterzeichnete Glückwunschadresse. — Unter den zahlreichen Glückwünschen, die im weiteren Verlaufe des Tages einliefen, befindet sich ein Blumenkorb des Königs nebst einem Handschreiben und ein Telegramm der Königin. Der „Liederkrantz“ und die Kapelle der Ludwigsburger Dragoner brachten dem Jubilar ein Ständchen.

Stuttgart, 15. Jan. Im Verfolg ihrer früheren Bestrebungen beabsichtigt die Wilhelmtheatergesellschaft, für die Jugend und für Erwachsene Films mit erläuterndem Vortrag vorzuführen und hat sich zu diesem Zweck mit der „Zentrale für wissenschaftliche und Schulkinematografie in Berlin“ in Verbindung gesetzt. Der Zweck dieser Zentrale ist, Programme zusammen zu stellen, die jedes in sich abgeschlossen ein Ganzes bilden und den Anschauungsunterricht in den Schulen ergänzen sollen.

Spiel und Sport und Lustschifffahrt.

Berliner Sechstagerrennen.

Das sechste Berliner Sechstagerrennen das am Dienstag nacht um 12 Uhr zu Ende ging, hat keine großen sportlichen Erfolge gehabt. Die zurückgelegte Strecke (3926,250 Kilometer) blieb um 343 Kilometer hinter dem Weltrekord zurück, und selbst am letzten Tage waren keine scharfen Kämpfe nötig, um den Sieg zu entscheiden. Zur Entschcheidung starrten die Vertreter der Spitzengruppe Stol, Stellbrink, Lorenz und Clark. Zuerst nahm der Australier die Führung. Stol löste ihn ab. Lorenz hielt sich an dritter Stelle. Bald spurtete Clark an die Spitze und es begann ein harter Kampf. Lorenz versuchte wieder zu seinen beiden Vordermännern aufzulaufen, aber vergeblich. Mit einer klaren Länge siegte Clark, an seinem Hinterrade der Holländer Stol, als dritter erst folgte, eine weitere Länge zurück, Lorenz. Stellbrink, der nicht gefährlich werden konnte, beschloß das Feld. Unter Hurrarufen und Musik fuhren die Teilnehmer die Ehrenrunde. Darauf wurde die Halle geräumt, um zu anderen Zwecken verwendet zu werden. Mit dem Einzug der Zimmerleute zum Abbau der Bahn schloß die Veranstaltung.

Gerichtssaal.

Barthau, 14. Jan. Der Rechtsanwalt und Journalist Leo Belmont ist wegen eines Artikels, der den Titel „Eine Majestätsbeleidigung?“ führte, worin er in Bezug auf einen bestimmten Fall nachwies, daß eine Verurteilung wegen dieses Verbrechens einen Schuldlosen betroffen habe, zu 1 Jahre Festungshaft verurteilt worden. Belmont wurde infolge dieses Urteils von der Advokatenliste gestrichen. Er wurde verhaftet und nach der hiesigen Citadelle gebracht.

London, 14. Jan. In dem Riesenprozeß der Nationaltelephon Company gegen den Post- und Telegraphenminister ist jetzt das Urteil gefällt worden. Der Staat hatte die gesamte Anlage der Nationaltelephongesellschaft übernommen, wofür diese 400 Millionen Mark gelordert hat. Das Gericht hat die Abfindungssumme auf 240 315 380 M festgesetzt. Die Kosten des Prozesses belaufen sich auf ca. 20 Millionen Pfund.

Handel und Volkswirtschaft.

Der Herbsttrug in Württemberg im Jahre 1912.

Nach der vom k. Statistischen Landesamt gezeigten Statistik des Herbsttrugs betrug im Jahre 1912 die Gesamtweinernte des Landes 111 383 Hektol. (im Durchschnitt der 10 Jahre 1902/11 243 393 Hektol.), der Ertrag von 1 Hektar 7,5 Hektol. (14,9 Hektol.), der Verkauf unter der Keller 83 793 Hektol. mit einem Erlös von 3 746 389 M, der Durchschnittspreis für 1 Hektol. 44,7 M, im Mittel 1902/11 44,8 Mark) und der Gesamtgewinn des Weinertrages 4 946 903 Mark (10 661 800 M). Eingehendere Berechnungen werden in der demnächst zur Ausgabe gelangenden Nr. 1 der Mitteilungen des Statistischen Landesamts erfolgen.

Leure Stiefel. Der Zentralverband der Lederhändler Deutschlands schreibt uns: „Seit etwa 6 Monaten herrscht auf dem Häutemarkt der ganzen Welt eine so scharfe Pause, daß dieser Artikel augenblicklich eine um ca. 30–40 Prozent höhere Notierung aufweist als vorher. Die sich notwendig daraus ergebende Folgerung, daß auch von Seiten der Lederfabrikanten die Preise für Leder erhöht werden mußten und daß voraussichtlich dieser Artikel noch weiter im Preise steigen wird, hat nun auch in den letzten Monaten auf die Preise für Schuhwaren gewirkt. Diese Erhöhungen sind jedoch bei weitem nicht ausreichend, um diejenigen Mehrkosten, die der Schuhfabrikant für das Rohmaterial zu tragen hat, auch nur annähernd zu decken. Es ist daher mit Bestimmtheit vorauszusehen, daß die Preise für Schuhwaren sich um mindestens 15–20 Proz. verteuern werden; aber auch der Schuhmacher ist genötigt, für Reparaturarbeiten mehr als bisher zu fordern. Es wird sich sicher kein Einschüchter dieser berechtigten Forderungen des Handwerkers verschließen, der sonst zu Grunde gehen müßte, wenn er nicht wenigstens seine erhöhten Selbstkosten wiedererhalten bekommt.“

Am Telephon. Der Teilnehmer, der lange Zeit vom Amt keine Antwort erhält, schließlich wütend: „Aber Fraulein, worauf warten Sie denn noch, ehe Sie antworten? Müßten Sie etwa auch erst Instruktionen aus Konstantinopel abwarten?“

Badtsichens Teaum. Am Bette einer älteren Freundin, die von einem sehr eleganten Chirurgen behandelt worden ist: „Ach, wie himmlisch, von ihm operiert zu werden!“

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Bäcker werden schon die Tage, wie man wenigstens am Abend oder vielmehr am Nachmittag merken kann. Der Gewinn des Morgens zählt bis jetzt nur nach wenigen Minuten; aber von nun an geht es sowohl nachmittags wie morgens rascher vorwärts als bisher. In 14 Tagen, also mit Ende Januar, wird es früh über eine Viertelstunde eher hell als jetzt, während die Zunahme nachmittags gar eine halbe Stunde beträgt. Das Beleuchtungskonto unseres geschäftlichen oder hauswirtschaftlichen Budgets bewegt sich also nach abwärts, und das ist gut. Ganz markant hat sich dieses Jahr die alte Regel bestätigt: „Wenn die Tage anfangen zu langen, kommen die kalten Tage gegangen“. Es ist wirklich empfindlich kalt geworden, und der Ostwind bläst so steif daher, daß er durch alle Mauern dringt und den Saaten sicher keinen Nutzen bringt.

Teinach, 15. Januar. Nachdem der Fremdenverkehr hier während der Feiertage durch das ungünstige Wetter sehr gering war, erst jetzt durch die bestehende gute Schlitten- und Rodelbahn wieder reges Leben in unseres schönen Teinachtal gekommen. Allgemein bewundert wird die überaus prächtige Schneelandschaft, welche man beim Rodeln auf der Javelsteinerstraße vor sich hat.

Fremdenstadt, 16. Januar. Beim Langholzfahren im Schorrental geriet ein Stamm ins Rollen und ging über den 25jährigen Diebstahl Karl Mast aus Besenfeld, der seit 7 Jahren im Dienst bei Schultheiß Kappler in Igelsberg stand, hinweg. Der Knecht wurde mit schweren Verletzungen ins Bezirkskrankenhaus gebracht wo er starb.

Sforzheim, 15. Januar. Wir haben hier nicht nur bayerische sondern auch württembergische Bahnhofsarbeiter. Der Bahnsteig der Endpunkte der Eng- und Nagoldtalbahn sind viel zu klein, namentlich angesichts des großen Arbeiterverkehrs, ebenso sind die Güterbahnhöfe verhältnißmäßig unzulänglich

und ist das Rangieren der württ. Güterwagen zu Tag- u. Nachtzeit und das Rauchen der Lokomotivschuppen mitten in der Stadt längst zur Unzulässigkeit geworden. Mit Freude wurde deshalb begrüßt, daß der württ. Eisenbahnbauengesetzentwurf Verbesserungen vorsah. Soeben wird bekannt, daß zu den bisherigen 1 800 000 Mark als 5. Rate für die Erweiterung des hies. württ. Bahnhofs wieder 500 000 Mark im Budget gefordert werden. Die Anlagen namentlich diejenigen, welche sich innerhalb der Stadt bisher so fütrend hinausverlegt werden, zum Teil auf Brühlinger und Birkenfelder Gemarkung. Der schienengleiche Durlacher Wegübergang, eine stete Gefahr und ein ewiges Hindernis für Fuhrwerke und Fußgänger soll durch eine neue Unterführung und der nächste Feldwegübergang durch eine Bahnüberbrückung ersetzt werden.

Standesbuch-Chronik der Stadt Wildbad vom 23. November 1912 bis 15. Januar 1913.

- Geburten:**
- 18. Nov. Sänthner, Karl Friedrich, Holzhauer in Sprollenhau, 1 Z.
 - 28. Nov. Haag, Ernst August, Holzhauer in Sprollenhau, 1 Z.
 - 4. Dez. Sänthner, Karl Friedrich, jun., Flaschner hier, 1 Sohn.
 - 9. Dez. Rothfuß, Wilhelm Friedrich, Gipser hier, 1 S.
 - 12. Dez. Eitel, Karl Friedrich, Tagelöhner hier, 1 Z.
 - 12. Dez. Rapp, Heinrich Karl, Maurer hier, 1 Z.
 - 23. Dez. Forthheimer, Robert Michael, Fabrikarbeiter hier, 1 Tochter.
 - 25. Dez. Lint, Karl Friedrich, Maler hier, 1 Z.
 - 24. Dez. Eugenlaub, Ernst, Architekt hier, 1 Z.
 - 2. Jan. Kull, Albert Heinrich, Krankenhausverwalter hier, 1 S.

- Kaufbote.**
- 11. Dez. Pfund, Friedrich, Kfm. in Marbach und Beckel Anna, in Oltmarsheim.
 - 17. Dez. Gemminger, Christian, Tagelöhner in Nagold und Weiser, Christine, Fabrikarbeiterin i. Nagold. Ehegatten.
 - 23. Nov. Mössinger, Karl August, Holzhauer in Sprollenhau und Seyfried, Wilhelmine Christine in Sprollenhau.
 - 7. Dez. Knittel, Philipp, Kfm. in Stuttgart u. Staudenmaier, Roszenta hier. Geschworene.
 - 24. Nov. Ruch, Friedrich Wilhelm, Zimmermeister hier, 65 Jahre alt.
 - 27. Nov. Sänthner, Emma Pauline, Tochter des Holzhauers Karl Friedrich Sänthner in Sprollenhau, 9 Tage alt.
 - 3. Dez. Bausert, Christiane Friedrike, geb. Fischer, Ehefrau des Stationsdieners Joh. Friedrich Bausert hier, 59 Jahre alt.
 - 25. Dez. Wehel, Anna Dorothea Elisabeth, geb. Weiser, Witwe des Hoteliers Karl Eugen Wehel hier, 51 Jahre alt.
 - 28. Dez. Holz, Elisabeth, geb. Seitz, Witwe des Tagelöhners Christian Holz hier, 69 Jahre alt.
 - 6. Jan. Riezingler, Christian Gottfried, Bäckermeister hier, 45 Jahre alt.

Letzte Nachrichten.

Konstantinopel, 16. Januar. Die Botschafter haben sich über den endgültigen Wortlaut der Kollektivnote geeinigt.

Druck und Verlag der Centr. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. — Verantwortlich: A. Reinhardt batesh.

Bekanntmachung

betreffend die Anmeldung der Militärpflichtigen zur Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle.

Auf Grund des Reichsmilitärgesetzes und der deutschen Wehrordnung § 25 und 45 ff. wird folgendes bekannt gemacht:

1. Zum Zweck der Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle haben sich in der Zeit

vom 15. Januar bis 1. Februar 1913

bei der Ortsbehörde zu melden:

1. Alle im Kalenderjahr 1893 geborenen und daher mit dem Beginn des Jahres 1913 in das militärpflichtige Alter eingetretenen jungen Männer, welche dem deutschen Reiche angehören (einschließlich derjenigen, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst erlangt haben und ihre Zurückstellung nicht beantragen).

Diese haben bei der Anmeldung ihr Geburtszeugnis vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht in ihrem Geburtsort selbst erfolgt.

2. Alle Militärpflichtigen früherer Altersklassen und zwar so lange, bis eine endgültige Entscheidung über ihre Dienstpflicht erfolgt ist. Dazu gehören insbesondere die wegen zeitiger Ausschließungsgründe, wegen zeitiger Untauglichkeit, in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse oder als überzählig Zurückgestellten.

Diese Anmeldungspflichtigen haben bei der Anmeldung den im ersten Militärpflichtjahr erhaltenen Lösungsschein vorzulegen und etwa eingetretene Veränderungen (in Betreff des Wohnsitzes, des Gewerbes, des Standes etc.) dabei anzugeben.

Befreit von der Wiederholung der Anmeldung sind nur diejenigen Militärpflichtigen, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Erfahrsbehörden ausdrücklich hiervon entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt worden sind.

3. Eingewanderte, bei früheren Aushebungen, Uebergangene etc. (R.-M.-G. Par. 11), welche im militärpflichtigen Alter stehen.

II. Die Anmeldung hat bei der Ortsbehörde desjenigen Orts zu erfolgen, an welchem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat.

Als dauernder Aufenthalt gilt jeder nicht bloß vorübergehende Aufenthalt, ohne Rücksicht darauf, ob er von bestimmter oder unbestimmter Dauer ist. Daher haben sich Haus- u. Wirtschaftsbeamte, Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Dienstboten und in ähnlichen Verhältnissen lebende Personen an dem Orte zur Rekrutierungs-Stammrolle anzumelden, wo sie in Diensten stehen, es wäre denn, daß sie tagsüber wegen ihres Dienstes dahin kommen und in einem anderen Orte ihre Wohnung (oder Schlafstelle) haben, in welchem Falle sie an dem letzteren Orte sich anzumelden haben.

Studierende, Gymnasialisten und Zöglinge anderer Lehranstalten haben sich an dem Ort der Lehranstalt anzumelden, der sie angehören, ausgenommen der Fall, daß sie ihre Wohnung an einem anderen Orte haben, von welchem aus sie die Lehranstalt besuchen.

Wer innerhalb des Reichsgebiets keinen dauernden Aufenthalt hat, hat sich bei der Ortsbehörde seines Wohnsitzes, d. h. desjenigen Ortes anzumelden, an welchem sein oder, sofern er noch nicht selbständig ist, seiner Eltern oder Vormünder ordentlicher Gerichtsstand sich befindet.

Wer innerhalb des Reichsgebiets weder einen dauernden Aufenthalt noch einen Wohnsitz hat, hat sich in seinem Geburtsort und, wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in demjenigen Orte zur Stammrolle anzumelden, an welchem die Eltern oder Familienhäupter den letzten Wohnsitz hatten.

III. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Nr. II zur Stammrolle anzumelden haben zeitig abwesend (auf Reisen begriffene Handlungsdiener, auf See befindliche Seeleute etc.), so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehr- oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden.

IV. Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz nach einem andern Aushebungsbezirk oder Musterungsbezirk verlegen, haben dieses bez. Berichtigung zur Stammrolle sowohl beim Abgangsorte Behörde oder Person, welche sie in die Stammrolle aufgenom-

ommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte, derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden.

V. Die Verschärfung der Meldepflichten entbindet nicht von der Meldepflicht; ebensowenig entbindet unterlassene Anmeldung zur Stammrolle von der Stellungspflicht, d. h. von der Verpflichtung, in den von den Erfahrsbehörden anberaumten Terminen zu erscheinen.

VI. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berechtigung derselben unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Wildbad, den 7. Januar 1913.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 28. Januar 1913 wird auf dem hiesigen Rathaus von dem Herrn Bezirksgeometer die in Par. 16 der Minist. Verf. vom 1. Sept. 1899, betreffend die Erhaltung und Fortführung der Flurkarten und des Primärkatasters vorgeschriebene

Fortführungs-Tagfahrt

abgehalten. Die hiesigen Grund- und Gebäudeeigentümer werden hied. n mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß sie aus diesem Anlaß etwaige Wünsche und Bedenken hinsichtlich der Katastrierung ihres Grund- und Gebäudeeigentums dem Herrn Bezirksgeometer vortragen können.

Wildbad, den 16. Jan. 1913.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Schuhwaren-Geschäft

Wilhelm Lutz,

Schuhmacher, Hauptstraße 117.

empfehlen sein gut sortiertes Lager gutgearbeiteter Schuhe u. Stiefel jeder Art für Herren, Damen, Knaben, Mädchen u. Kinder in Sommer- und Winterwaren, in einfachen, sowie feinsten Qualitäten. Ferner empfehle Turnschuhe, Samigalofchen, Holzschuhe mit u. ohne Füllfutter, Preise billigst. Sorgfältige Ausführung nach Maß. Reparaturen rasch u. billigst.



TODES-ANZEIGE.

Teilnehmenden Freunden diene zur schmerzlichen Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Gattin, bezw. Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Marie von Zahn, geb. Baronin von Ardenne,

nach langem schweren Leiden Dienstag, den 14. d. M. nachts halb 12 Uhr sanft verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten in tiefer Trauer

Dr. von Zahn,
I. I. Postrat und Landesarchivdirektor i. P.,
Lelle Leyer, geb. von Zahn,
Dr. Gotthold Leyer,
Kurarzt in Wildbad,
Lore Leyer.

Graß, Steiermark, Glacisstraße 43.



Schützen-Verein

Wildbad.

Am Sonntag, den 19. Januar 1913 findet unser

Familien-Abend

im Gasthaus zur „alten Linde“ verbunden mit **Gabenverlosung** statt.

Anfang abends halb 8 Uhr.

Aktive und passive Mitglieder sind freundlichst eingeladen.

Nicht-Mitglieder haben keinen Zutritt. Fremde können nach Anmeldung beim Schützenmeisteramt eingeführt werden.

Freiw. Gaben möge man im Gasthaus zur alten Linde abgeben.

Das Schützenmeisteramt.

Die

Oberamtsparkasse Neuenbürg

— gegründet 1853 — mündelsicher — nimmt

Spareinlagen

von allen Bezirksangehörigen entgegen.

Zinsfuß 4 Prozent.

Halbmonatliche Verzinsung.

Kostenlose Ueberweisung von und nach anderen deutschen Sparkassen ohne Zinsunterbrechung.

Kostenfreie Vermittlung von Einlagen und Rückzahlungen durch Herrn Stadtsieger Gutbus in Wildbad.

Postcheckkonto Stuttgart Nr. 1604. Fernsprecher Nr. 34.

Girokonto bei der Württ. Notenbank in Stuttgart.

Evang. Kirchenchor.

Heute Abend 7 Uhr

Singstunde



Pferde

bewahren auch im Winter auf glatter Bahn ihre volle Leistungsfähigkeit durch Leonhardt's Original-H-Stollen mit der Marke

Wohnung

gesucht mit 3 bis 4 Zimmer in 1. oder 2. Stock in Nähe der Bergbahn oder Kurplatz.

Off. unter B. 5.

Kautschuk-Stempel

empfehlen G. W. Hoff.